

Werbung



Nussknacker aus dem Erzgebirge

Traditionelle, außergewöhnliche & moderne Designs

SEIFFEN.COM
by Nestler

10% RABATTCODE
APOLLO-10-25

Hier
Nussknacker
sichern



19.12.2025 • 65

90-Prozent-Verbot

„Katastrophe, ehrlicherweise“: Söder und Aiwanger kritisieren Brüssels Festhalten am Verbrenner-Verbot

Markus Söder und Hubert Aiwanger haben Brüssels Vorschlag zu einer angeblichen Abschwächung des „Verbrenner-Aus“ kritisiert. Söder warnte angesichts neuer Vorgaben vor dem Tod der deutschen Autoindustrie.



Marie Rahenbrock



Markus Söder warnte vor einem Sterben der deutschen Autozulieferer angesichts neuer Vorschriften. (IMAGO/Sven Simon)

CSU-Chef Markus Söder hat im Gespräch mit dem *Welt*-Chefredakteur Jan Philipp Burgard in der gleichnamigen Talkshow den Vorschlag der EU-Kommission zum

sogenannten „Verbrenner-Aus“ kritisiert: „Das kann nicht die letzte Lösung sein. Sonst stirbt ein Teil unserer Autoindustrie“, erklärte er. Das betreffe besonders Autozulieferer.

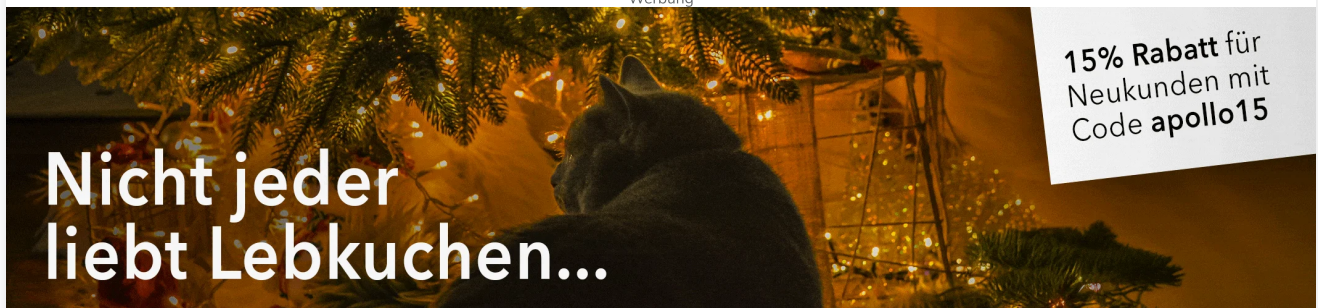
Söder forderte, dass auch nach 2035 Verbrenner-Autos gebaut werden dürfen, ohne dass sie Sonderauflagen wie CO₂-armen Stahl erfüllen müssen oder nur in bestimmten Quoten zulässig seien. Am Dienstag hatte die EU-Kommission einen neuen Vorschlag zur Emissionsreduktion bei Autos vorgelegt. Dieser Vorschlag sieht vor, dass sämtliche neu zugelassenen Autos eines Herstellers in der EU ab 2035 insgesamt im Durchschnitt nur noch 9,5 Gramm CO₂ ausstoßen dürfen.

Werbung

Die Volksparteien müssten sich massiv gegen diesen Vorschlag positionieren, forderte Söder. „Das scheint mir eher eine Scheinlösung zu sein, die noch mal besonders negativ für Deutschland wirkt“, sagte er. Speziell die Regelung für Dienstflotten sei eine Katastrophe für Deutschland. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, dass ab 2035 95 Prozent aller Firmenwagen von großen Firmen Elektroautos sein sollen.

Auch Bayerns Wirtschaftsminister, Hubert Aiwanger, kritisierte den Vorschlag der EU-Kommission in einer offiziellen Pressemitteilung seines Staatsministeriums scharf: „Die EU-Kommission hat den Schuss noch immer nicht gehört. Das ist kein Aus für das Verbrenner-Aus. Diese Entscheidung ist weiterhin ein schlechter Scherz.“ Die EU würde die Bürger wie kleine Kinder bevormunden. Eine Abschwächung der bestehenden Regeln reiche nicht. „Die Kommission scheint noch immer nicht zu verstehen, dass sie unseren Wohlstand in Europa ruiniert.“

Werbung



**Nicht jeder
liebt Lebkuchen...**

**15% Rabatt für
Neukunden mit
Code **apollo15****

Die bestehende, 2023 in Kraft getretene Regel zum „Verbrenner-Aus“ sieht vor, dass ab 2035 alle jährlichen Neuzulassungen eines Herstellers in der EU im Durchschnitt 0 Gramm CO₂ ausstoßen dürfen. Faktisch gesehen dürften Neuzulassungen damit nur noch Elektroautos oder Wasserstofffahrzeuge sein. Der Emissionsausstoß sollte im Vergleich zum Wert von 2021 (95 Gramm CO₂ pro Kilometer) um 100 Prozent reduziert werden.



Analyse

Raue See beim EU-Gipfel: Osteuropa stemmt sich gegen die Klimapolitik

Thomas Kolbe • 1



Analyse

In Brüssel erlebt Merz gleich zwei herbe Niederlagen

André Hintz • 128

Nun hat die EU eine Reduktion um 90 Prozent statt um 100 Prozent vorgeschlagen. Hybride und Verbrenner dürften zugelassen werden, wenn sie mit CO₂-armem Stahl gebaut und mit E-Fuels betrieben werden. Doch faktisch müssten Autohersteller ihren E-Auto-Absatz dennoch verdoppeln bis vervierfachen, um die 90-Prozent-Regel zu erfüllen (mehr dazu [hier](#)).

Auch der BMW-Chef kritisiert den Kommissionsvorschlag gegenüber dem *Handelsblatt* als „Verbrenner-Verbot durch die Hintertür“. Besonders die Regelung für Dienstwagen lehnt er ab. Der Verband der Deutschen Automobilindustrie (VDA) bezeichnete den Vorschlag als „Lippenbekenntnis“, er sei „fatal“. Sowohl das EU-Parlament als auch die Mitgliedstaaten müssen der Idee der Kommission noch zustimmen, damit die Gesetzesänderung in Kraft tritt. Sie können den Vorschlag theoretisch noch weiter abschwächen oder verschärfen.

Teilen:

Zu den Kommentaren (65) ↓

Einmalig Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen: Pay Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € Anderer Betrag (€) ▾

→ Weiter zum Zahlen

Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per Pay Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

Beliebig (€) ▾

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.